

# Nachhaltige Entwicklung

Wahlen 2018

## Ein neues Leitbild für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs!



Die „Nachhaltigkeit“ hat als Modewort noch lange nicht ausgedient. Der Begriff wird weiterhin und sogar verstärkt inflationär benutzt. Kaum einer traut sich heute noch die generellen Thesen der nachhaltigen Entwicklung - u.a. den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen - offen in Frage zu stellen.

Jedoch: in der alltäglichen Praxis haben sie nach wie vor kaum einen Niederschlag gefunden. Auch in Konfliktsituationen dominiert nach wie vor zu sehr das Kurzfristdenken. So wird das stete Wirtschaftswachstum, auf das Luxemburg setzt, kaum hinterfragt, obwohl dieses nachweislich weder mit dem Ressourcen-, dem Klima- noch dem Biodiversitätsschutz vereinbar ist. Statt eines grundsätzlichen Hinterfragens des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, bekommt das heutige Wachstum das Attribut „nachhaltiges Wachstum“ verpasst, hie und da wird wohl auch eine punktuelle Reform durchgeführt, und schon scheint sich das Thema erledigt zu haben.

Dabei steht unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell absolut im Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Essenz unseres Modells basiert auf dem Prinzip eines steten materiellen Wachstums, eines steigenden Konsums, einer recht unkontrollierten Globalisierung, einer konstanten Produktionssteigerung...

Eine Effizienzsteigerung in verschiedenen Aktivitätsbereichen oder die Förderung von Konzepten, wie jener der „circular economy“, sind dabei sonder Zweifel äußerst zu begrüßen.

Diese Fortschritte alleine reichen jedoch bei weitem nicht aus, solche Maßnahmen stellen lediglich „eng Ploschter op eng offe Wonn“ dar.

Insofern sind weitaus tiefgreifendere Reformen unerlässlich, es gilt unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft ein neues nachhaltiges Fundament zu geben. Genau dies sollten die Herausforderungen der Legislaturperiode 2018 -2023 sein!

Dabei müssen die auf internationaler Ebene ausgehandelten sogenannten „Millenium-Development-Goals“ positiv hervor gehoben werden. D.h. klare Ziele und Prioritäten, an denen sich die Entwicklung einer Gesellschaft messen sollte: im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich.

Aber auch hier gilt es, diese Grundsätze nicht nur in Dokumenten, sondern in der realen politischen und gesellschaftlichen Praxis zu verankern.

Es wäre an der Zeit, dass sich Luxemburg die notwendigen Rahmenbedingungen und Instrumentarien gibt, um unser Land reell im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umzugestalten und sich dabei den verändernden Bedingungen (Ressourcenknappheit, Fragen der sozialen Kohäsion, globale Herausforderungen u.a.m.) zu stellen. Das Aufgreifen dieser zentralen Thematik ist eine Notwendigkeit für eine langfristig angelegte Politikgestaltung.

**Deshalb sollte die kommende Regierung die nachhaltige Entwicklung als politisches Leitbild für ihr Vorgehen in allen Politikbereichen fest verankern: dies im Bewusstsein der begrenzten Ressourcen; der Notwendigkeit ökologische, wirtschaftliche und soziale Interessen miteinander zu verbinden sowie die Interessen der zukünftigen Generationen in aktuellen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen.**

## 1 Globale Verantwortung übernehmen

Von der nächsten Regierung erwarten wir

- das Eintreten auf EU-Ebene sowie in weltweiten Gremien für eine **Neuordnung des Welthandels**. Verteilungsgerechtigkeit, soziale und ökologische Ziele sollten Fundamente des Welthandels sein, die Globalisierung in den Dienst der Menschen gesetzt werden;
- ein **NEIN der Abgeordnetenkammer zu dem umstrittenen Investorenschutz im CETA-Vertrag** (dem Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada);
- das Einfordern auf EU-Ebene einer **Überarbeitung bisheriger Handelsabkommen** und einer **Neuorientierung aller (etwa 20) derzeit zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen** im Sinne einer Umgestaltung nach demokratischen, sozialen und ökologischen Kriterien;
- einen **grundsätzlichen Umbau der Finanz- und Handelssysteme** nach sozial-ökologischen Kriterien.

## 2 Regierungsressorts im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umgestalten

Der Mouvement Ecologique begrüßt den Transfer der Wasserwirtschaft in das Umweltministerium. Auch die Kompetenzbündelung von Landesplanung / Mobilität und Umwelt / Naturschutz kann mit Vorteilen verbunden sein.

Darüber hinaus ist der Mouvement Ecologique jedoch der Überzeugung, dass sich weitere Neuerungen betreffend die Regierungsorganisation aufdrängen:

- Eine **Bündelung der Energie- und Klimaschutzkompetenzen im Nachhaltigkeitsministerium** wäre von Bedeutung. Derzeit führt die Aufteilung der Energiefrage auf mehrere Ministerien zu Verzettelungen. Auch gilt es bei Energie- und Klimafragen den Fokus vor allem auf den Umweltaspekt zu legen, statt auf die ökonomischen Entwicklungen.
- Ebenso gilt es sowohl **das Nachhaltigkeits- als auch das Gesundheitsministerium verstärkt formal in die Orientierung der Landwirtschaftspolitik** einzubeziehen und den notwendigen legalen und administrativen Rahmen dafür zu schaffen. Denn Fakt ist: gerade die Landwirtschaftspolitik ist äußerst prägend für den Erhalt der Biodiversität sowie den Wasserschutz. Insofern liegt es auf der Hand, dass die formale Mitwirkung des Nachhaltigkeitsministeriums unabdingbar ist. Aspekte wie die Verringerung des Pestizideinsatzes bzw. von Umweltbelastungen sind zudem von äußerster Gesundheitsrelevanz.
- Generell gilt es die **Kompetenzen des Gesundheitsministeriums** bei Entscheidungen der Ressortministerien, die ebenfalls von Relevanz für die Gesundheit sind oder für das Wohlergehen der Menschen (siehe hierzu das Kapitel Gesundheit und die Definition der Weltgesundheitsorganisation betreffend den Begriff „Gesundheit“), auszuweiten. Diskussionen über die Ausbringung von Pestiziden, Debatten über Emissionen, Gestaltung von Ortschaften u.a. sind Fragen, in denen sich das Ministerium verstärkt einbringen muss.
- Last but not least liegt es auf der Hand, dass **die Kompetenzen für Verbraucherschutz weit aus besser im Gesundheitsministerium**, als im Landwirtschaftsministerium angesiedelt wären.

## 3 Nachhaltige Entwicklung muss mehr als ein Lippenbekenntnis sein!

Der Mensch ist als Teil des globalen Ökosystems abhängig von der Funktionsfähigkeit dieses Systems. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind veränderbar, nicht aber die Gesetze der Natur.

Insofern ist es von grundlegender Bedeutung, dass Parteien und Regierung Farbe zu ihrem Verständnis des Begriffes der nachhaltigen Entwicklung bekennen. Sicherlich beinhaltet die nachhaltige Entwicklung ein Miteinander von Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

Jedoch: jedwede wirtschaftliche Entwicklung ist in Frage gestellt, wenn die Lebensgrundlagen ge- oder zerstört und die ökologischen Grenzen des Planeten nicht respektiert werden.

Lebensqualität und wirtschaftliche / soziale Aktivitäten setzen nun einmal ein gewisses ökologisches Umfeld voraus, dessen Funktionsregeln wir nicht oder kaum beeinflussen können.

Deshalb tritt der Mouvement Ecologique für die sogenannte **starke Nachhaltigkeit** ein, d.h. für eine deutliche Vorrangstellung der ökologischen Ansprüche in problematischen Entscheidungssituationen. Die Regierung sollte sich im nächsten Koalitionsabkommen zu den planetaren Grenzen bekennen und ein deutliches Bekenntnis zu dieser „starken“ Nachhaltigkeit abgeben. Wirtschaften und gesellschaftliches Handeln muss innerhalb der Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme erfolgen! Intakte Ökosysteme sind die Lebensgrundlage für den Menschen schlechthin.

## 4 Regierung muss sich zu den Millenniumzielen bekennen und einen verbindlichen Plan für nachhaltige Entwicklung verabschieden!

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen mit der 2030-Agenda 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG - Sustainable Development Goals) beschlossen, die nun umgesetzt werden müssen.

Dabei geht es darum **Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele mit einander zu verbinden** und eine stärkere Integration dieser SDGs in die alltägliche Politikgestaltung zu sichern. Dies ist bei dem erheblichen ökologischen Fußabdruck unseres Landes von besonderer Bedeutung. Unser Rohstoff- und Energieverbrauch sind zu hoch.

Zitiert seien dabei Aussagen aus einer Stellungnahme des deutschen Naturschutzringes zum Deutschen Entwurf des Nachhaltigkeitsplanes, die de facto auch Gültigkeit für Luxemburg haben:

*„... unser ökologischer Fußabdruck sowie unser Rohstoff- und Energieverbrauch sind viel zu hoch. Der Verlust an Artenvielfalt, anhaltend hohe Stickstoff- und Phosphateinträge, unzureichende Fortschritte im Klimaschutz sowie nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sind eindeutige Belege. Um einen wirkungsvollen nationalen Beitrag zur Erreichung der SDGs zu leisten, brauchen wir eine ehrliche Bestandsaufnahme der deutschen Nachhaltigkeitsdefizite. Dies schließt insbesondere auch die Auswirkungen der deutschen Politik auf andere Staaten und Regionen ein. Hierfür muss der Status quo in Deutschland kritisch hinterfragt werden...“*

und weiter *“Sämtliche Gesetzesvorhaben und Sektorpolitiken müssen künftig auf Kohärenz mit der 2030-Agenda bzw. der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie geprüft und ggf. korrigiert werden. In diesem Kontext sind auch eine stärkere Integration der einzelnen Ziele untereinander sowie die Prüfung von Inkonsistenzen zwischen den Zielen erforderlich. Dies betrifft insbesondere SDG 8 (dauerhaftes Wirtschaftswachstum): Ohne eine Abkehr vom Paradigma des*

quantitativen Wirtschaftswachstums - insbesondere in den Industrieländern - sowie die Transformation hin zu einem nachhaltigen und gerechten Wirtschaftssystem inklusive einer Erarbeitung alternativer Messinstrumente für Wohlstand und Entwicklung jenseits des Bruttoinlandsprodukts wird die Erreichung zentraler Nachhaltigkeitsziele nicht möglich sein. „Nachhaltigkeit ist ohne Wachstum nicht zu erreichen“ (...). Der aktuelle Postwachstums-Diskurs und die dahinter stehenden wissenschaftlichen Konzepte werden in der Strategie bedauerlicherweise nicht reflektiert.

Eine systematische Umsetzung der SDGs braucht durchsetzungsfähige Strukturen und institutionelle Reformen (...).

Alle Ziele und Indikatoren des Umsetzungsplans sollten regelmäßig nachjustiert werden. Sie sind nicht nur an den Bedürfnissen und Rechten gegenwärtiger, sondern gleichermaßen an denen zukünftiger Generationen auszurichten und müssen die Menschenrechte weltweit beachten.“

Alle diese Aussagen haben ebenfalls Gültigkeit für Luxemburg:

Der zweite nationale **Nachhaltigkeitsplan „Ein nachhaltiges Luxemburg - Für mehr Lebensqualität“** fristet de facto ein Aschenputtel-Dasein und dem neuen Plan wird es wohl ähnlich ergehen, wenn nicht grundsätzliche Kurskorrekturen gewährleistet werden. Denn trotz hehrer Ziele in den unterschiedlichen Politikbereichen dient er kaum als Orientierungsrahmen bei Entscheidungen der verschiedenen Regierungsressorts oder als Leitbild für neue Projekte. Diesem Plan sollte durch Regierungsbeschluss sowie eine Validierung in der Abgeordnetenversammlung ein höherer Stellenwert sowie eine Verbindlichkeit für die Regierungsverantwortlichen zukommen.

Die Regierung muss sich zudem verpflichten eine ehrliche Bestandsaufnahme zu erstellen, an was das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele bis dato scheiterte, und wie an diesen Stellschrauben gedreht werden kann.

**Ebenso gilt es Inkonsistenzen zu prüfen, alle Politikbereiche an den Zielen und Indikatoren des Nachhaltigkeitsplanes bzw. der Millenniumziele verbindlich zu orientieren! Dieser Paradigmenwechsel wäre DIE zentrale Maßnahme schlechthin zur Gewährleistung einer wirklich nachhaltigen Politikgestaltung.**

## 5 Regionale Ökonomie, Gemeinwohlökonomie, Gemeinwesen und kooperative Formen des Wirtschaftens im Fokus!

Wer einen Ausweg aus der heutigen Maximierung von Leistungen, Globalisierungstendenzen u.a.m. will, der muss einerseits auf eine stärkere Regionalisierung und Kreislaforientierung der Wirtschaft setzen ... und andererseits auch Formen der Gemeinwohlökonomie, des Gemeinwesens bewusst fördern.

Die neue Regierung sollte ein deutliches Bekenntnis abgeben, dass sie diese neuen Formen des Wirtschaftens „nicht nur“ als Nischenwirtschaft ansieht, sondern sehr bewusst fördert und als ein zentrales Instrument zur Transformation unseres heutigen Wirtschaftssystems anerkennt. Gleiches gilt für die bewusste **Förderung von innovativen Formen des Miteinanders** (Kooperativen, Projekte wie die „solidarische Landwirtschaft usw.).

Die Regierung sollte dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um diese zu fördern und voranzutreiben. Z.B. durch besondere Begünstigen auf steuerlicher Ebene u.a.m (siehe hierzu auch die Kapitel Wirtschaft, Landwirtschaft, Energie usw.).

## 6 Lebensstildebatte offensiv angehen!

Eine Transformation unserer Gesellschaft in Richtung nachhaltige Entwicklung erfordert sowohl eine grundlegende Reform unseres Wirtschaftssystems, als auch unseres Lebensstils. Auch hier gilt: Das „immer mehr“ ist ein Trugschluss, zudem zeigen zahlreiche Analysen auf, dass die Steigerung des materiellen Besitzes ab einem gewissen Zeitpunkt keine Steigerung des Wohlbefindens bedingt.

Insofern wird die Verantwortung der öffentlichen Hand zur **Thematisierung eines nachhaltigen Lebensstils** immer wichtiger und verstärkt von Regierungen aufgegriffen. Die deutsche Bundesregierung hat z.B. eine Strategie „*Gesellschaftlicher Wandel durch einen nachhaltigen Lebensstil*“ erstellt. Themen sind die Förderung des „Austauschs“, der „commons“, des Prosumergedankens u.a.m.

Dieses Thema sollte auch in Luxemburg nicht länger ein Tabu sein und die nächste Regierung sollte in Zusammenarbeit mit Akteuren - auch der Zivilgesellschaft - eine entsprechende Strategie entwickeln.

Zitiert sei zudem aus einer Stellungnahme des DNR: „*Nur wenn die durch unseren Konsum entstehenden Schäden für Mensch und Natur eingepreist und sichtbar gemacht werden, werden nachhaltige Lebensstile aus der Nische geholt und zum Massensport werden*“.

## 7 Nachhaltigkeitscheck für Regierungsentscheidungen als zentrales Reforminstrument einführen!

In der auslaufenden Legislaturperiode hätte ein sogenannter **„Nachhaltigkeitscheck für Gesetzesentwürfe und Reglementsvorschläge“** der Regierung erstellt werden sollen. Mittels des Checks soll gewährleistet werden, dass die Langfristdimension sowie die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auch reell ausreichend Eingang in Entscheidungen der Regierung und der Abgeordnetenversammlung finden, was derzeit leider nicht in ausreichendem Ausmaß der Fall ist!

Die neue Regierung sollte umgehend an der Umsetzung dieses so zentralen Instrumentes arbeiten, wobei sich dabei auf Vorarbeiten des Nachhaltigkeitsrates basieren lassen können. Nichts spricht auch dagegen den Check mit der „fiche financière“ im Sinne der „simplification administrative“ zu verbinden.

**Parallel sollten folgende 2 Initiativen ergriffen werden:**

- **Kosten-Nutzen-Analyse vor der Entscheidung betreffend relevante Infrastrukturprojekte:** Das Nachhaltigkeitsministerium hat angegeben, in Zukunft bei größeren Straßenbauprojekten im Vorfeld einer Entscheidung, eine systematische Analyse durchzuführen, inwiefern die Kosten und Nutzen des Projektes für das Land und die Bevölkerung im Verhältnis zueinander stehen. Dabei müssen auch soziale und Umweltrisikofaktoren einbezogen werden. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass eine derartige Analyse grundsätzlich bei größeren Projekten geboten sein sollte, u.a. im Rahmen des Nachhaltigkeitschecks von Regierungsentscheidungen.
- **Reelle Planungs- und Honorarkosten bei Infrastrukturprojekten berücksichtigen!** Bei Bauprojekten besteht derzeit nach wie vor die Regel, dass das zuständige Planungs- und Umsetzungsbüro prozentual am Realisierungsinvest beteiligt wird. Das bedeutet im Klartext: je teurer ein Projekt wird, desto höher der Anteil für das Planungs- und Umsetzungsbüro! Somit werden doch manchmal z.T. auch eher unnötig hohe Ausgaben getätigt und auch nicht immer die, aus ökologischer Sicht, sinnvollste Lösung bevorzugt. Als plakatives Beispiel: Der Verdienst bei einer Straße ist höher als jener bei einer Radpiste, oder aufgemotzte teure Spielplätze ertragreicher als durchgrünte. Diese Bestimmungen sollten überdacht werden.

## 8 Eine nachhaltige Steuerreform ist ein absolutes Must im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung

Das Luxemburger Steuersystem ist de facto auf dem ökologischen Auge blind, es werden die gänzlich falschen finanziellen Anreize gesetzt! Luxemburg ist europaweit fast Schlusslicht, was die Steuereinnahmen im ökologischen Bereich betrifft.

Die Umweltsteuereinnahmen sind in Luxemburg im Vergleich zu anderen EU-Ländern besonders gering, sie trugen im Jahr 2014 lediglich 5,25% zum gesamten Steueraufkommen bei, wobei der Anteil seit 2004 sogar kontinuierlich rückläufig ist. Die relative Belastung des Faktors Kapital ist mit 21,2% auf einem historischen Tiefstand, mit ebenfalls stark rückläufiger Tendenz. Und die Besteuerung des Faktors Arbeit steigt kontinuierlich an, die Arbeit trägt mit über 50% den Großteil der Steuerlast.

Die neue Regierung sollte eine **grundsätzliche Reform des Steuer-systems**, in welche diese Fragen angegangen werden, als absolute Priorität deklarieren! Nur durch eine Preiswahrheit, die richtigen fiskalen Anreize kann die so dringende Transformation des Wirtschaftssystems und z.T. auch des heutigen Konsummodells erfolgen.

Dabei sollte selbstverständlich u.a. die **Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, einer Pestizid- und Stickstoffsteuer** angegangen werden!

## 9 Analyse des Staatshaushaltes auf umweltschädliche Subventionen

Gemäß rezenten Analysen werden in Deutschland jährlich 52 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen ausbezahlt (wobei die Gelder für die Kohleindustrie inbegriffen sind). In Luxemburg dürfte die Situation - selbstverständlich im Verhältnis gesehen - ähnlich gelagert sein. Es ist geradezu widersinnig, dass Steuergelder für Maßnahmen ausgegeben werden, die nicht im Interesse der Allgemeinheit stehen (und für gemeinnützige Projekte dann ggf. fehlen)!

Die Zeit ist überfällig, dass eine derartige **Analyse** veröffentlicht wird (scheinbar gibt es Vorarbeiten seitens des Umweltministeriums) und in aller Transparenz Schlussfolgerungen gezogen werden.

## 10 Vom Bruttonationalprodukt zum „PIB du bien-être“

Endlich liegt das seit langem erwartete Konzept des „PIB du bien-être“ vor. Jedoch muss festgestellt werden, dass es in der Praxis keine Beachtung findet, ja sogar kaum in der Öffentlichkeit thematisiert wird. Auch im öffentlichen Diskurs wird eigentlich „nur“ vom Bruttonationalprodukt gesprochen.

Wesentlich ist dabei, dass der „PIB du bien-être“ ebenfalls als **Gradmesser der Regierungsarbeit** genutzt, und nicht nur parallel zum Bruttonationalprodukt geführt wird. Insofern müsste das Bruttonationalprodukt progressiv an Bedeutung als Gradmesser des Wohlstandes Luxemburgs verlieren.

## 11 Staatshaushalt nachhaltiger gestalten

Der Staatshaushalt beinhaltet von seiner Struktur her keine wirkliche Nachhaltigkeitsdimension. Diese Feststellung betrifft sowohl die Frage **der langfristigen Absicherung der Staatsfinanzen wie auch die fehlende bzw. unzureichende Evaluation der getätigten Ausgaben**. Der Staatshaushalt sollte deshalb strukturell reformiert werden, indem das Vorsorge- bzw. Langfristdenken integriert und vor allem auch Qualitäts- sowie Effizienz Aspekte berücksichtigt werden. Dementsprechend sollte die Zukunftsfähigkeit der Staatsfinanzen auch weitaus stärker als bisher berücksichtigt werden.

## 12 Digitalisierung: eine reelle Debatte über politische und soziale Rahmenbedingungen führen!

Aufgrund des Rifkin-Prozesses wurde vor allem über die technischen Rahmenbedingungen des Digitalisierungsprozesses gesprochen. Weitaus weniger thematisiert wurde, wie der Datenschutz gewährleistet wird, welche politischen und legalen Rahmenbedingungen gesetzt werden und im Besonderen auch wie soziale Verwerfungen abgefedert werden, wie eine Gemeinwohlorientierung erreicht werden kann, wie eine Verteilungsgerechtigkeit zwischen Kapital- und Sozialinteressen erfolgt, wie dem zu befürchtenden Rebound-Effekt entgegengewirkt werden kann u.a.m.

Dabei sind es gerade diese Fragen, die von besonderer gesellschaftspolitischer Relevanz für die Zukunftsgestaltung sind. Die nächste Regierung sollte deshalb eine **reelle Debatte über die zu schaffenden politischen und sozialen Rahmenbedingungen** führen, damit die Digitalisierung effektiv im Interesse und nicht im Widerspruch des Allgemeinwohls erfolgt.

## 13 Informationskampagne zum Thema „nachhaltige Entwicklung“ starten – kulturelle und soziale Dimension stärker berücksichtigen

Über die gesamte Legislaturperiode hinweg müsste eine **gezielte Informations- und Diskussionskampagne zum Thema nachhaltige Entwicklung** in die Wege geleitet werden. Die **kulturelle Dimension** der nachhaltigen Entwicklung soll dabei im Vordergrund stehen, denn die Umgestaltung unseres Gesellschaftsmodells im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzt nicht nur technische Maßnahmen voraus, sondern greift viel tiefer in die kulturelle Identität unserer Gesellschaften ein. Stichworte sind: Von der Philosophie eines „immer mehr“ gilt es wegzukommen, andere Werte müssen in den Vordergrund gestellt werden. Dazu zählen auch Aspekte der **sozialen Kohäsion** (mit u.a. der Integration der in Luxemburg lebenden Nicht-Luxemburger) und die **Gerechtigkeitsfrage** (zunehmende Armutquote, Gleichstellung von Frauen und Männern, gleiche Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft u.a.m.)

## 14 Politische Bildung als Priorität - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als Querschnitt-Thema auf allen Schulebenen verankern

Häufig ist „Nachhaltigkeit“ in der Bevölkerung, aber auch bei Schülern kein Begriff. Es ist von großer Bedeutung, Schülern wichtige Zusammenhänge an sehr konkreten Fallbeispielen, die sie bzw. ihr Umfeld auch konkret betreffen, ersichtlich zu machen. Im Vordergrund muss die **Aneignung wichtiger Kompetenzen** stehen, wie z.B. Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu sehen und anschließend bewerten zu können bzw. handlungsfähig u.a. im gesellschaftlichen Umfeld zu werden. Die **nationale Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** sollte dementsprechend konkret umgesetzt werden, damit Luxemburg seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt. (siehe Kapitel „Bildung“).

*Anmerkung: Es versteht sich von selbst, dass vor allem die Thematik der „nachhaltigen Entwicklung“ ein Querschnittsthema ist. D.h. man müsste / könnte zahlreiche Anregungen, die in den sektoriellen Bereichen in dieser Publikation gemacht werden, in diesem Kapitel wiederholen. Z.B. betreffend den Ressourcenverbrauch oder den Erhalt der Biodiversität. Dies wäre jedoch nicht zielführend. Insofern sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass in diesem Kapitel lediglich eine Auswahl von zentralen Anregungen dargelegt wurde.*